

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Will Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: 2111/1112. Für Inserate 1907, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsvorläufer Seite 616.

Nr. 281.

Magdeburg, Sonnabend den 30. November 1918.

29. Jahrgang.

Wie soll gewählt werden?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Schnellster Friedensschluß ist jetzt das dringendste Gebot! Dazu bedürfen wir einer verhandlungsfähigen, abschlußberechtigten Vertretung, die, vom Gesamtvolkswillen getragen und bevollmächtigt, auch diesen Gesamtwillen dem Feinde gegenüber verpflichtend zu binden vermag.“

Diese allgemein autorisierte Vertretung in der — auf dem Wege der konstituierenden Nationalversammlung geschaffenen — „gesetzmäßigen Regierung“ suchen zu wollen, erscheint verfehlt und abwegig!

Die konstituierende Nationalversammlung muß einmal kommen, gewiß, aber ihre Berufung darf nicht übers Knie gebrochen werden! Das Volk muß erst ein wenig sich sammeln, zur Ruhe kommen, sich bestimmen. Die Parteien müssen erst Gelegenheit erhalten, zu ihm zu reden, auf daß „Volkmeinung“ — soweit das überhaupt möglich ist — wirklich werden könne!

Darüber werden, müssen Monate vergehen! Die endlich zusammengetretene Nationalversammlung aber ist dann immer noch nicht die „gesetzmäßige, vom allgemeinen Volkswillen getragene Regierung“ selbst, sondern höchstens der freikündige Mutterchoß für ihre Geburt! Weitere Monate können, werden vergehen, ehe das Werk der Verfassung vollendet, ehe auf ihrer Grundlage dann erst die Wahl einer gesetzmäßigen Regierung vollzogen sein kann!

So lange aber können wir unmöglich warten! Für den geordneten innern Aufbau und Ausbau ist Friede nach außen notwendigste Voraussetzung!

Wir brauchen also und es gibt glücklicherweise einen schnelleren Weg zum Ziele: dem Gegner eine verhandlungsfähige, vom allgemeinen Volkswillen breitester Grundlage bevollmächtigte Vertretung zu präsentieren! Man lasse durch allgemeine direkte schriftliche Volksabstimmung den gegenwärtigen Rat der Volksbeauftragten zum Friedensschluß autorisieren! Alle Volkszählungsformulare mit entsprechendem Stempelüberdruck, etwa: „Ich erkenne den Rat der Volksbeauftragten (Namen und eventuelle Stellvertreter) als befugt an, einen auch für mich verbindlichen Frieden abzuschließen“ — könnten dabei sinngemäße Verwendung finden. Jedes wahlberechtigte Haushaltsmitglied setzt sein Ja oder Nein nebst Namensunterschrift darunter, und der Haushaltungsvorstand sorgt, und bürgt für die Vollständigkeit und Richtigkeit!

In wenigen Tagen ließe sich so schaffen, was sonst kaum in vielen Monaten erreichbar wäre: eine absolut einwandfreie Volksvertretung, so ausdrücklich, direkt und die Gesamtheit verpflichtend legitimiert, wie auf keinem andern Wege möglich! Und angeht die ungeheuren drängenden Not und bei der tiefen Friedenssehnsucht aller Kreise würde diese provisorische Regierung der Volksbeauftragten eine solche Stimmenmajorität auf sich vereinigen wie noch nie eine Regierung, selbst nach den größten Erfolgen.“

Der Vorschlag ist gut gemeint, aber die Ausführung würde den schärfsten Widerspruch aus verschiedenen Lagern erfahren. Denn die Entscheidung lediglich zwischen Ja oder Nein bedeutet nicht eine freie Wahl, sondern eine gefesselte Daumenschraube. Außerdem — man muß mit allen Möglichkeiten rechnen — ist die Gefahr nicht beseitigt, daß die Nein überwiegenden könnten. Was dann? Dann wäre die ganze Wahl rejtaktlos verlaufen. Die jetzige Regierung hätte ein Mißtrauensvotum erhalten, aber es wäre keine Partei bestimmt, die sich auf das Vertrauen der Mehrheit der Wähler stützen könnte.

Also es geht nicht, wie Theising vorschlägt. Seine Mahnung, schnell zu einer Entscheidung zu kommen, besteht indessen zu Recht. Ihr entspricht denn auch ein Plan Scheidemanns. Er denkt sich die kommende Wahlhandlung wie folgt:

„Die Wahlen zur Nationalversammlung werden gleich, geheim und direkt sein; alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen können nach dem Verhältniswahlverfahren wählen. Die politischen Parteien, oder auch andere Gruppen, die sich für diese besondere Wahl etwa vereinigen wollten, können Listen ihrer Kandidaten für alle Wahlkreise des Reiches aufstellen. Es könnte für die Herausgabe der amtlich herauszugebenden Stimmzettel genügen, wenn die Parteienleitung — vielleicht um die Sektierererei zu erschweren, unterstützt durch 500 oder 1000 Unterschriften — ihre Kan-

dibatenlisten einreichten. Die Regierung müßte dann einen einheitlichen Stimmzettel für das ganze Reich drucken und verteilen lassen, der etwa so aussehen würde:

Ich stimme für die Liste, die ich unterstrichen habe:

1. v. Westarp, v. Seydewitz usw.
2. Goase-Redebour usw.
3. Ebert-Mollenhuth usw.
4. Fischel-Göthe-Haas usw.
5. Erzberger-Fehrenbach-Gröber usw.
6. Stresemann-Kopfsch usw.
7. usw. usw.

Gewiß hat eine solche Listenwahl ihre Mängel insofern, als die Wähler persönliche Wünsche zurückstellen und für alle Kandidaten stimmen müßten, die von den betreffenden Parteileitungen aufgestellt worden sind. Diese Mängel erscheinen aber gering im Vergleich zu dem Schaden, der nach meiner Ueberzeugung durch eine allzu weite Hinausschiebung der Wahlen zur Nationalversammlung für das deutsche Volk entstehen kann.

Die Berechnung der auf jede Partei entfallenden Mandate wäre verhältnismäßig leicht. Wenn z. B. auf Grund der für die Konservativen abgegebenen Stimmen 20 Mandate der Partei des Grafen Westarp zufallen würden, so hätten die auf der konservativen Liste zuerst aufgeführten 20 Kandidaten als gewählt zu gelten. Bei Todesfall oder bei Mandatsniederlegung würde zunächst der 21., dann der 22. Kandidat als Ersatzmann das freigewordene Mandat übernehmen. Nachwahlen würden sich also ohne weiteres erledigen.

Es bleibt die Frage nach der Legitimation der Wähler zu erörtern. Ich schlage vor, daß alle Soldaten, gleichviel wo sie am Tage der Wahl sich aufhalten, sich durch ihren Militärpaß legitimieren. Der Paß müßte nach vorgenommener Wahl abgestempelt werden, damit jeder Wahlberechtigte nur einmal wählen kann. Alle zivilen Wahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müßte. Die Wahl ist also in diesem besonderen Falle ohne Wählerlisten möglich. Wenn bei der Stimmabgabe jeder Wähler und jede Wählerin in eine Liste eingetragen werden, so könnte diese für alle spätern Wahlen als Stammliste, die entsprechend zu ergänzen wäre, benutzt werden.

Dem Einwand, daß in den besetzten Gebieten die Wahl kaum vollzogen werden könnte, kann ich erhebliches Gewicht nicht beimessen. Wenn es sich in dem besetzten Elsaß-Lothringen darum handelte, daß die Wähler für Deutschland oder für Frankreich votieren sollten, dann ließe sich den Einwand gelten. Darum aber handelt es sich bei der Wahl zur Nationalversammlung nicht. Ganz bedeutungslos scheint mir der Einwand zu sein, daß keine genügende Zeit zur Wahlagitatio n bliebe, wenn die Wahlen schon, wie ich es für dringend wünschenswert halte, im Januar stattfinden sollten. Wer jetzt noch nicht weiß, ob er für Stresemann, Erzberger, Westarp, Goase oder Ebert stimmen soll, der wird es auch in 6 oder 8 Wochen noch nicht wissen. Es hat doch niemals in der Welt eine intensivere Wahlagitatio n stattgefunden als in Deutschland durch den Krieg und die Revolution!

Meine Ueberzeugung, daß die Errungenschaften der Revolution um so besser gesichert werden können, je schneller die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, ist von Tag zu Tag gefestigt worden. Je schneller wir den Tag der Wahlen zur Nationalversammlung bekanntgeben können, um so schneller werden wir auch Brot und Frieden haben.“

Was auch meine Ansicht ist. Das Reichskabinett berät zurzeit über die Wahlordnung. Es wird höchste Zeit, daß die Beschlußfassung erfolgt und Art der Wahl wie Termin bekanntgegeben werden. Erst dadurch wird eine gewisse Beruhigung eintreten, die wir brauchen, um die tausend drängenden Aufgaben des Tages erfüllen zu können.“

Sozialdemokratie und Nationalversammlung.

Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am Donnerstag in Berlin tagte, hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit jeher vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.

Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs Letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eignen Willen beglücken zu können.

Die sozialdemokratische Partei fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung, sie ist jedem Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil.

Die Gruppierungen in Reich werden aufgefordert, für die schleunige Einberufung der Nationalversammlung zu wirken und durch rationelle Aufklärungsarbeit den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern.“

Die Aussprache, die wir erst in der nächsten Nummer bringen können, ergab, daß in dieser Angelegenheit in der Partei überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Fronttruppen im Dunkeln.

Aus Düsseldorf kommt die Meldung, daß es dort zwischen Fronttruppen und Wachtruppen des Arbeiter- und Soldatenrats zu Zusammenstößen gekommen ist. Die Meldung lautet:

Am Mittwoch ist es an der Rheinbrücke zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des einrückenden Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 94 und Vertretern von Flugzeitlehrgang Arbeiter- und Soldatenrats an Soldaten gekommen, bei dem ein Mann schwer verletzt worden ist. Auf dem Kaiserplatz der 99er erfolgte ein weiterer Zusammenstoß, als ein Offizier forderte, daß einige Mitglieder des freiwilligen Regiments die Waffen niederlegen. Bei den bedauerlichen Vorfällen wurde niemand getötet. Zwei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats verhandelten später mit dem Disziplinärkommandeur, welcher erklärte, daß die Zusammenstöße ohne seine Einwilligung erfolgt seien. Vor dem Rathaus waren am Laufe des Nachmittags starke Sicherheitsposten zusammengezogen. Mäßig viel ein Schuß. Nun begannen die Posten vom freiwilligen Regiment vor dem Rathaus zu feuern. Maschinengewehre wurden am und im Rathaus aufgestellt. Die Schüsse sind wohl alle in die Luft abgegeben worden, denn verletzt wurde niemand. Als das Schießen begann, sagte gerade die städtische Finanzkommission. Der Beratung wohnte der Oberbürgermeister bei, der sofort die Sitzung verließ und mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats zum Kommandeur der 99er fuhr, mit dem Verhandlungen aufgenommen wurden. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sind Einzelheiten nicht bekannt.

Wir sind in der Lage, Aufklärung über den Grund zu diesen Zusammenstößen zu geben. Die Fronttruppen, die jetzt aus dem Westen zurückströmen, werden von den Offizieren systematisch in politisches Dunkel gehüllt. Nicht nur das, sie werden ebenso hysterisch gegen die Revolution aufgewiegelt. Es wird den Soldaten erzählt, sie müßten zu Fuß gehen, weil die Bolschewiki keine Züge über den Rhein lassen. Die Soldatenräte bestanden nur aus Bolschewiki. Die Soldaten sollten ja die Offiziere nicht verlassen. Vor dem Rhein hätte jeder 50 Patronen und so wie in Deutschland einer die Waffen abfordere, dann sollte fest draußengehen werden. Diejenigen Verbände, die in Flügel befördert werden sind sorgfältig gesteuert. Die Jungen und die Kellner sind sich. Die Jungen werden während der Fahrt nicht berührt. Auf den Bahnhöfen wo längerer Aufenthalt gibt's dann Zusammenstöße, weil die jungen Soldaten nicht wissen, daß es sich in Deutschland um eine sozialdemokratische Regierung handelt. Wählten sie das, dann würden sie sich weigern, gegen ihre Brüder irgendwas vorzugehen. Da sie aber belogen werden, so glauben sie im Rhein zu verbleiben, indem sie sich gegen die eigenen Wachen, die ihnen das Recht der freien Bewegung abhandeln, erheben.“

Infolgedessen ist es auch in unserer Nähe, in O. d. d. s. Leben und die d. d. s. am Donnerstag zu 3 u. s. m. in O. d. d. s. gekommen. In O. d. d. s. wollten die Frauen des Buges die roten Fahnen abreißen. Die Bahnhofswehr setzte sich zur Wehr; es kam zu Prügeleien, wobei die an Zahl schwächere Wehr natürlich den kürzeren zog. Es wurde auch geschossen, aber niemand verletzt. In Wiederz wurde von einem durchfahrenden Fronttransport auf Verlangen eines Offiziers die Mahnwache entwaffnet. Der Zug fuhr mit den Waffen davon.

Diese gegenrevolutionären Übergriffe stehen im Einklang mit dem ganzen Verfahren, das seit Ausbruch der Revolution von den Offizieren gegenüber den Soldaten der Front eingeschlagen worden ist. Die Soldaten wurden mit Gerüchten abgeseift. Klarheit wurde ihnen vorenthalten. Diejenigen Mannschaften, die sich um die Klarheit bemühten und ihre Kameraden aufzuklären versuchten, wurden abgehoben. Auch für diese Behauptung können wir einen vollständigen Beweis liefern. Ein Mann ist am 23. November in Lazarettbehandlung gemessen worden. Er wunderte sich, daß er so willig und schnell in die Heimat befördert wurde. Die Aufklärung lag in einer Notiz des Bataillonsarztes, der seinem Attest die lateinischen Worte hatte folgen lassen: „Bataillon peit, hominem abmittere, qui companiam insurgit.“ Das Bataillon bittet, den Mann abzugeben weil er die Kompanie aufwiegelt.) Wo der Inhaber diesen Uratsbrief vorzeigte, wurde für seine schleunigste Weiterfahrt Sorge getragen. Die Frontkompanie war ihn los. Die Soldaten konnten nach wie vor entsprechend bearbeitet werden. Wenn in diesen Tagen Zusammenstöße gemeldet werden, die Ursachen sind stets die gleichen. Sie werden verschwinden, sowie erst die Fronttruppen eine neue Fühlung mit der Heimat genommen haben. Bis dahin kann da und dort aber Blut fließen. Schuld und Verantwortung dafür lasten auf die gegenrevolutionären Offizieren, die ihren augenblicklichen Einfluß ausnützen. Diese Herrschaften vom Portepes sollen sich doch nicht einbilden, daß sie Arbeiterhaft und Bürgertum wieder unter die Diktatur ihrer Säbel beugen können. Dazu haben die ehemaligen Machthaber und ihre degenhaltenden Prätorianer denn doch zu jäher an Deutschland gewöhnt.

Das kommende Gericht.

In einer langen Erwiderung auf die Münchner Enthüllungen bestritt Bethmann-Hollweg nach wie vor seine Kriegsschuld und Deutschlands Kriegswillen. Er tat es mit denselben starken Akzenten der Ueberzeugung, die wir von 1914-1917 gehört haben. Bethmann jagt, er lehne den Tag herbei, wo vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege verholfen werden kann. Entweder dieser Mann ist der größte Betrüger der Weltgeschichte oder er fühlt sich wirklich un schuldig.

Aber gleichviel — das Gericht ist unumgänglich notwendig. Das ganze deutsche Volk, ja die ganze Welt fordert es. Zusammenzutreten muß es so rasch wie möglich, d. h. am Tage nach Abschluß des Präliminarfriedens. Bis dahin muß die Regierung sich aller Dokumente verschließen, die für die Frage der Kriegsschuld vorhanden sind und nach Möglichkeit auch dafür sorgen, daß die hauptsächlichsten Personen am Tage des Gerichts zur Stelle sind.

Die Schlachtopfer.

Die Wiener parlamentarische Korrespondenz veröffentlicht auf Grund der amtlichen Verlustlisten eine Zusammenstellung der Verluste Oesterreichs im Kriege. Danach betragen die Gesamtverluste an Toten und Verwundeten bis zum Mai 1918 vier Millionen Mann. An Gefallenen werden gesamt 800 000 Mann und zusa. 17 000 Offiziere

Die Gesamtverluste der englischen Flotte vom Kriegsausbruch bis zum 11. November 1918 betragen nach Mitteilung der Admiralität 39 066 Mann, einschließlich der Offiziere. Davon sind 3371 tot. Diese Biffer umfaßt auch die Verluste der Marineinfanterie und der Marineartillerie.

außer der Seedivision und schließt eine Anzahl Offiziere der englischen Handels- und Fischerschiffe ein, die an Bord der Schiffe der Kriegsmarine, Hilfschiffe und anderer übernommener Schiffe dienten.

Außerdem haben, wie Reuters sagt, bei der Ausübung ihres gewöhnlichen Berufs 14 661 Offiziere und Mannschaften dieser Klasse durch das Vorgehen des Feindes ihr Leben eingebüßt. Damit werden die Opfer des Verfehlungsrieges gemeint sein. Insgesamt verzeichnet also an Kriegsoffizieren die englische Kriegs- und Handelsflotte 48 000 Tote!

Die Befreiung der Lehrer.

Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist folgende Verfügung erlassen worden:

1. Die geistliche Schulaufsicht in Preußen ist von heute an aufgehoben.
2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amte, bis die Befugnisse durch die Kreis Schulinspektoren übernommen sein werden.
3. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein.

Diese Verfügung bringt der preussischen Lehrerschaft die seit langen Jahren erstrebte Befreiung von der geistlichen Schulaufsicht, die nichts mehr und nichts weniger bedeutete, als die völlige Abhängigkeit des Dorflehrers von den Lannen des Herrn Pfarrers. Jetzt soll die Schulaufsicht erfahrenen Pädagogen selbst übertragen werden.

Im weiteren richtete das gleiche Ministerium an den Kriegsminister das Ersuchen, im Interesse der baldigen Wiederaufnahme des vollen Unterrichtsbetriebs bei der Demobilisierung alle Lehrer ohne Unterschied sofort zu entlassen.

Die verfluchte Revolution.

Da war bis zu dem Wirbelwind der Novembertage Seine Hochfürstliche Durchlaucht, der regierende Fürst zur Lippe (Detmold) Leopold der Vierte, von Gottes Gnaden. Er hatte sich rechtzeitig 3 Stunden von höchster Residenzstadt Detmold in die tiefste Waldheimlichkeit „zurückgezogen“. Ein strategischer Rückzug natürlich. Fern von seinem Volke, dem er in höchstem Maße immer so nahe stand, verbrachte er die kritischen Herbsttage in seinem Jagdschloß Lapphorn im Schoße höchster Familie.

Doch er die Zeichen der Zeit verstand, ging daraus hervor, daß er sich am 6. November zur Sicherheit seiner Hochfürstlichen Person eine Leibwache von 60 Mann mit Maschinengewehr vom lippschen Bataillon des Inf.-Regts. Nr. 55 nach Lapphorn kommandieren ließ!

Ob diese Schutzmaßnahme der höchst eigenem Initiative entsprungen ist, oder auf dringendes Anraten des schon immer um das Leben seines teuern, höchsten Herrn so sehr besorgten Wirklichen Geheimen Rats, Chefs des Hochfürstlichen Zivilkabinetts, Erzlehn Professor, Doktor von Epstein — früher nur Herr Epstein, mit „zwei „b“ — erfolgte, wollen wir hier ununtersucht lassen. Jedenfalls war der seit Jahren gehegte Wunsch des höchsten Herrn endlich in Erfüllung gegangen, daß er im Kreise höchster tapferer Lipperköpfe, für deren Geldentaten er schon lange blühende Kriegsauszeichnungen trug, weilen durfte. Trotzdem er dem Jahrgang 1871 angehört, war es ihm nicht vergönnt, als Chef höchster sipp. Bataillons mit diesem am Weltkrieg teilzunehmen! Er mußte sich lieber aus „Gesundheitsrücksichten“ nur einige Male mit kurzen Besuchen hinter der Front begnügen!

Nun sitzt er im Jagdschloß und hat gar keine ganze Gottesgnadenherrlichkeit verloren. Mit ihm härt und barmt — der Wirkliche Geheimen Rats, Chef des Hochfürstlichen Zivilkabinetts, Erzlehn Professor Dr. von Epstein, Oberleutnant der Kaiserwehr. Auch er hat alles verloren, nachdem er durch die Gnade seines hochfürstlichen Herrn so vieles gewonnen. Auf der Schule ist Epstein nicht aus der Tertiar rausgelassen. Nicht einmal das höchsten Einjährige hat er erreichen können. Aber im Leben der Fürstengunst brachte er es spielend zum Doktor irgendwelcher Wissenschaften, zum Professor, zum Adel und zur Erzlehn. Und all das geht nun verloren. Epstein Prof. Dr. von Epstein wird wieder Epstein schlechthin werden müssen. Mit Tertiarwissen und Tertiaransprüchen.

Die verfluchte Revolution!

Sigt als Rotkollow.

Wir brachten vor einigen Tagen unter dieser Ueberschrift eine Meldung holländischer Blätter, wonach der General Sigt von Armin die roten Fahnen in Aachen ergötten habe. Ein amtliches Dementi vom folgenden Tage enthielt den Satz, daß das Verbot der roten Abzeichen irrtümlich auf Heimatbehörden bezogen worden sei. Daraus mußte man folgern, daß General Sigt von Armin tatsächlich ein Verbot der roten Abzeichen zumindest gegenüber den Soldaten erlassen habe.

Nun hat, wie unsere Leser wissen, Genosse Ebert auf der Reichskonferenz der Einzelregierungen erklärt, daß an der ganzen Meldung über Sigt von Armin kein wahres Wort sei. Von Verwandten des Generals, die in Magdeburg wohnen, wird uns auf Grund direkter Nachrichten bestätigt, daß von ihm keine irrtümliche Befehle ergangen ist, der Anlaß zu den falschen Meldungen gegeben haben könnte. Es liegt also offenbar eine Verwechslung mit dem General Eberhard vor.

Wenn wir demnach auf Grund der ersten Meldungen den General Sigt als „Feind der Revolution“ bezeichneten, der in Magdeburg nicht einziehen dürfe, so sind nach den Mitteilungen Eberts dafür die Voraussetzungen weggefallen. Wir erwarten daher, daß aus diesem Mißverständnis heraus dem zurückkehrenden 67jährigen General keinerlei persönliche Behelligungen zuteil werden.

Notizen.

Aufhebung des § 395 der Reichsversicherungsordnung. Der § 395 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die geschäftsführenden Angestellten der Krankenkassen und die mit Pensionsanspruch oder auf Lebenszeit angestellten Beamten zu Kommunalbeamten gemacht werden sollen. Die Krankenkassen haben bisher von diesem Recht aus politischen Gründen wenig Gebrauch gemacht. Sehr viele Krankenkassenangestellte sind daher ohne Pensions- und Hinterbliebenenversorgung geblieben. Jetzt ist eine Verordnung ergangen, wonach dieser Paragraph aufgehoben wird. Krankenkassenbeamte können also nicht mehr den Charakter als Gemeindebeamte erhalten, sie werden dadurch in weitestem Umfang den Zugang zur Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung finden.

Augusta Viktoria in Holland. Die frühere deutsche Kaiserin ist am Donnerstag in Maarbergen bei Utrecht angekommen und im Automobil nach Schloß Amerongen weitergefahren. — Wie aus Rotterdam dazu berichtet wird, ist die Kaiserin auf Einladung der holländischen Regierung gekommen.

Bauern- und Landarbeiterräte. Der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts veröffentlicht eine Aufforderung des aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Zentral-Bauern- und Landarbeiterrats zur sofortigen Wahl von Bauern- und Landarbeiterräten, die aus mindestens sechs Personen bestehen müssen. In den Ausführungsbestimmungen wird gesagt: Die erste Wahlgruppe bilden die im Hauptberuf selbständigen Landwirte; die zweite Gruppe bilden die Arbeiter bzw. die nicht landwirtschaftliche Landbevölkerung, „als welche jedoch nur solche ortsanhängige Personen zu gelten haben, die ganz oder vorwiegend landwirtschaftlichen Interessen dienstbar sind. Die Wahlen haben in beiden Gruppen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht zu erfolgen. Der Wahltermin ist mindestens 48 Stunden vor Beginn der Wahlhandlung bekanntzugeben. Die Vorbereitung und Leitung der Wahl ist Sache der Gemeindeverwaltungen. — Es handelt sich um gemeinsame Räte, um die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande zu regeln und die Ernährung sicherzustellen.

Revolutionstribunale. Eine ganze Anzahl von Arbeitern und Soldaten hat Revolutionstribunale oder Standgerichte für Mord, Plünderung, Raub, Nothdurft und gegenrevolutionäre Gewalttaten eingeleitet. Angebroht wird sofortige Würteilung und als Strafe das Erschießen. In milderen Umständen langjährige Zuchthausstrafe. Die Gründe, welche zu diesem schroffen Vorgehen veranlassen, liegen auf der Hand: die Gefahr ungeordneter Zurückschüttens einzelner marodierender Elemente bedroht die junge deutsche Freiheit aufs schwerste. Trotzdem ist es zweifellos, daß nach der vorläufigen revolutionären Verfassung die Arbeiterräte zu einem solchen Vorgehen nicht berechtigt sind.

Die Erlauchten protestieren. Der Präsident des früheren Herrenhauses erklärt eine Protesterklärung gegen die Verflüchtigung der revolutionären Regierung, die das Herren- wie das Abgeordnetenhause beseitigt hat. Der Prozeß ist überflüssig, denn nach dem Staatsrecht des Expräsidenten ist ja die Revolution auch „verfassungswidrig“ und sie ist doch eine unumgängliche Tatsache. Da übrigens der König von Preußen abgedankt hat, erlöschen selbstverständlich auch seine „Verufungen“ im Herrenhaus. Dabei sei der Stich nur nebenbei registriert, daß ausgerechnet das Herrenhaus gegen einen revolutionären Akt protestiert, während es doch selbst seine Existenz nur einem verfassungswidrigen Staatsstreich des geisteskranken Friedrich Wilhelm 4. verdankt.

Eine königliche Schauspielerin.

Nach von Ludwig Bendler.

(47. Fortsetzung.)

Nach einem einfachen Mittagessen ihr Lager aufsuchend, schlief Daniela dann fest und ruhig bis gegen Abend.

Nicht einmal das Klirren des Doktor Rittershausens hörte sie, der in der Tat kam, um zu erfahren, ob Fräulein Daniela schon zurück sei. Rosa bestellte ihn, was ihr gebräuchlich war.

Dann rief sie mich bitte, an, sobald Fräulein in der Lage ist, mich zu empfangen, Rosa. Zu Hause gesagt: es möchte doch sein, doch soll Fräulein andererseits von einer Eile, wie ich etwa zeige, in ihre berufliche Aufregung hinein nichts wissen. Sie versprechen: so bald als möglich also, Rosa.

„Sag gleich, Herr Doktor.“
Und noch ein Besuch kam, nachdem Rittershausens gegangen war, Herr Emil Paschag. Auch er anerkente, an Daniela's Rückkehr, den Wunsch, sie zu sprechen.

„Sag mir gleich, Herr —“ befragte ihn Rosa. Sie wissen doch nicht, daß gaudiges Fräulein fünf Stunden Ruhe hatte?

„Sag mir gleich, Herr —“ da sprach der Doktor und der Satz war beendet. —
„Ja, und so eine hat sie morgen wieder, und über-

morgen die Vorstellung. Bis nach dieser werden Sie sich wohl gedulden müssen. War's denn eilig, was Sie wollten, Herr — Herr —?“

„Paschag, vom Corps de ballet.“
„Danke.“

„Eilig? Satt na, wie man's nimmt. Man soll doch, wenn man es' for wal zu danken hat, bei sich uff bei lange Paas' fassen un deshalb — Fräulein Herzog hat mir nämlich nach Frankfurt empfohlen, un die Jeschichte klappet. Ich soll mir während nächster acht Tage vorstellen un Kontrakt machen. Wollen Sie det Ihr Fräulein jütligst ansrichten —?“

„Schick, Herr.“
„Un det id' ihr noch mal bejuchen kame, ehe id' fahre?“
„Und, das.“

„Mein Komplement bis dahin an die Dame, bitte.“
„Wird angedrückt.“
„Adies.“

Rosa erwiderte den Gruß und sah Paschag noch während einiger Sekunden nach. Dann schloß sie kopfschüttelnd die Tür. Was war denn das für'n Kolpatsch?

Von diesem Besuch mit seinem Zweck konnte sie sich nicht verjagen, abends ihrem Fräulein doch noch Mitteilung zu machen. Er brachte ja nicht das geringste Zeilchen einer Aufregung.

„Und — was lief er mir?“ fragte Daniela etwas erstaunt, was sie Rosa's Erzählung vernommen.

„Wie ich sagte. Weil Sie ihn nach Frankfurt empfohlen hätten, Fräulein Daniela.“

„Das habe ich doch gar nicht, kenne überhaupt außer meinem Verlobten keine Menschenseele in Frankfurt.“

Mit außerordentlichem Erfolg ging die mühevoll vorbereitete Neuaufführung des Shakespeare'schen Macbeth am Hoftheater in Szene. Reiche Anerkennung und Ehren wurden, außer der Regie, den Darstellern der beiden Hauptrollen, des Titelhelden und seiner dämonischen noch schillerteren Gäste zuteil.

Die Berichte der Presse erwähnten bereits mit Bedauern des plötzlich, gegen die Erwartung bekanntgewordenen und bald bevorstehenden Abgangs des Fräulein Herzog von der königlichen Bühne.

„Eine Künstlerin von seltener Begabung.“ schrieb eine führende Blätter, „die mit eminenten Gesteuerungskraft ein herrliches Organ und eine gleichwertige Erfindung einzusetzen hat, scheidet mit ihr von uns. Einen kostwertigen Ertrag für sie herbeizuschaffen, wird der Generalintendantur nicht leicht fallen. Wir werden auf eine Anzahl von Probegastspielen gefaßt sein müssen. Die große Beliebtheit und Achtung, deren Fräulein Herzog sich bei uns in den höchsten Gesellschaftskreisen erfreute, dürfte für jede Reflektion auf ihre Nachfolge gerade nicht erlöschend ins Gewicht fallen. Unser Hoftheaterpublikum ist heute glücklicherweise so weit modern, daß es unter keinen Umständen Freunde sucht.“

(Fortsetzung folgt.)

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 281.

Magdeburg, Sonnabend den 30. November 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 29. November 1918.

Bekanntmachung.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß entsprechend den Vereinbarungen mit den Justizbehörden Verhaftungen von Personen nicht mehr wie früher jedes geringfügigen Vergehens wegen vorgenommen werden, sondern daß auch hier dem neuen Geiste der Zeit entsprechend verfahren wird.

Wer sich aber derart vergeht, daß sein Tun der Allgemeinheit zum Schaden gereicht, der muß in Sicherheit gebracht werden. Nach diesem Grundsatze wird jetzt von den Justizbehörden gehandelt, deren Tätigkeit vom Arbeiter- und Soldatenrat überwacht wird. Es befindet sich also jetzt niemand in Haft und wird niemand in Haft gehalten, der nicht nach der Ueberzeugung des Arbeiter- und Soldatenrats im Interesse der Allgemeinheit seiner Freiheit beraubt werden mußte, gemeingefährliche Verbrecher, Schieber, Schleihhändler, Blünderer u. dergl. Aus politischen Gründen wird überhaupt niemand in Haft genommen.

Wenn darum, wie in den letzten Tagen, durch kleinere oder größere Menschenmengen der Versuch wiederholt werden sollte, die Gefängnisse zu öffnen und die Gefangenen zu befreien, so sei sich jeder dabei Beteiligte klar darüber, daß er seine Hand dazu bietet, Elementen zur Freiheit zu verhelfen, die im Interesse der Allgemeinheit und der öffentlichen Sicherheit in Sicherheitsgewahrsam bleiben müssen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Justizbehörden ermächtigt, dafür Sorge zu tragen, daß berartige Befreiungsversuche unter allen Umständen, gegebenenfalls mit Waffengewalt, verhindert werden. Wer sich daran beteiligt, handelt damit, daß ihm die Freiheit von gemeinschaftlichen Elementen mehr am Herzen liegt als das Interesse der Gesamtheit der Volksgenossen. Wer auf Ehre hält, wird sich also von solchen Versuchen fernhalten! Tut er das nicht, so mag er die daraus entstehenden Folgen tragen!

Magdeburg, 29. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Wittmann, Brandes, Inspektoren, Werner.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 28. November. Der Vorsitzende begrüßte die aus dem Felde heimgekehrten Stadtväter und widmete den zurückkehrenden Truppen Worte der Anerkennung. Deutschland werde nicht untergehen, wenn jeder seine Schuldigkeit tue, auch die Stadtverordneten, solange sie noch berufen seien, an dieser Stelle zu wirken. Die Verlängerung der Linie 9 der Straßenbahn nach Budau wurde nach den Vorschlägen des Vertrags genehmigt. Für Teuerungszulagen an Empfänger von Arbeiterrenten wurden 88 500 Mark jährlich bewilligt. Ueber 400 000 Mark für die Ausführung von Aufstandsarbeiten auf dem Noter Horn — Ausgestaltung des Schanzendamms — wurden bewilligt. Auf Antrag Haupt wurde die Vorlage über die Ausgestaltung des Damms dem Bewohnungsplanungsamt zur näheren Beratung überwiesen. Zur Beschaffung weiterer Arbeitslosgelände für die Zeit nach der Demobilisierung werden 331 000 Mark bewilligt für maschinelle Arbeiten im Betriebe des Säesens und der Pumpstation. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot sollen noch zweigeschossige Behelfsbauten errichtet werden. Sie werden mehr als 2 Millionen Mark kosten. Die Kosten der Vorlage über die wirksamen Bericht, wurden nach längerer Debatte bewilligt. Die Ränker des Stadttheaters verlangen eine neue Teuerungszulage, es wurde ihnen wie auch dem technischen Personal eine laufende und eine einmalige Zulage bewilligt. Kostenpunkt 52 000 Mark. Für die Ausgestaltung des Arbeitsamts, das infolge der Demobilisierung erweitert werden muß, wurden die geforderten Mittel bewilligt. Zur Erhaltung der zurückkehrenden Truppen und zu ihrer Unterhaltung und Erquickung wurden 30 000 Mark bewilligt. Die beiden Bürgermeister erklärten hierüber zühmend an, was die Ränker und die Direktoren der hiesigen Kunstinstitute während des Krieges unentgeltlich geleistet haben. Dem stimmte man auch in der Versammlung zu.

Nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung. Genehmigt wurde die Umwandlung eines Teiles der aufgenommenen schwebenden Schulden in langfristige Darlehen, ebenso die Erhöhung der Bezüge verschiedener Schweitern im Krankenhaus Eubenburg. Gegen den Verkauf eines Grundstücks an der Hindenburgstraße zum Preise von 10 Mark je Quadratmeter = 15 170 Mark an den Zivilingenieur Bruno Beck und den Verkauf eines Grundstücks an der Varleber Chaussee zum Preise von 12 000 Mark für 25 Ar an den Privatmann Max Lehnhardt hier wird nichts eingewendet.

Die erste Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrats findet — so wird auf eine Reihe Anfragen mitgeteilt — Anfang nächster Woche statt. Mit der Ausschreibung und dem Versand der Legitimationskarten ist begonnen worden.

Die Deutsche demokratische Partei hielt am Donnerstagabend zwei gut besuchte Versammlungen im Circus und im Lustgarten. Staatssekretär a. D. Dernburg und Direktor Schacht sprachen über die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben des Bürgeriums. Die Referenten wie auch die Herren Boer und Schümer betonten, daß die neue Partei sich hinter die gegenwärtige Regierung stelle, daß sie auch in Zukunft nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern neben und mit ihr arbeiten werde. Augenblicklich gelte es die Errungenschaften der Revolution gegen die Reaktionen von rechts und gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die Redner fanden lebhaften Zustimmung.

Arbeitsgemeinschaft für das Gastwirtsgerwerb. Das gesamte organisierte hiesige Gastwirtsgerwerb hat eine Interessenvertretung unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft der Gastwirts-Organisationen von Magdeburg und Umgegend“ geschaffen (Geschäftsstelle Himmelsstraße 3, 1. Tr., bei Ahmus, Telefon 1711), die in allen fachgewerblichen Fragen von den Behörden und Arbeitnehmerverbänden heranzuziehen sein wird.

Revolution und Arbeiterjugend. Ueber dieses Thema sprach Redakteur Müller in einer öffentlichen Versammlung der Magdeburger Jugend, die vom Jugendbund Freiheit am 24. November abgehalten wurde. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die die Revolution begrüßt und den Willen kundgibt, sie nach Kräften zu unterstützen; die ferner auf die drohende Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen infolge des Waffenstillstandes hinweist und von der Regierung sofortige durchgreifende Maßnahmen fordert, wie Einführung der vier-, höchstens dreijährigen Wehrzeit, Festsetzung des Entgelts und Ausbau der Arbeitslosenunterstützung. Gefordert wird ferner ein großzügiger Ausbau der Jugendpflege und des Jugendstudiums. Zum Schluß wurden folgende Forderungen erhoben: 1. Einführung des obligatorischen Tagesunterrichts für alle gegen Entgelt beschäftigten Personen bis zum 18. Lebensjahr, 2. Vertiefung der Jugend in der Verwaltung der Fortbildungs-, Hand- und Gewerbeschulen, 3. Aufhebung des Zwanges zur Teilnahme an Versammlungen zur militärischen Vorbereitung der Jugend, 4. Förderung aller Unternehmungen, welche sich den Betrieb guter Betriebe zur Aufgabe gestellt haben, 5. Ermöglichung von Volkshochschulen.

Bom städtischen Arbeitsamt. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, daß im Schriftverkehr immer nur an das Arbeitsamt, niemals an die einzelnen Stellen Schriftstücke zu adressieren sind. Durch das Nichtemhalten dieser Vorschrift durch die Firmen, die Arbeitskräfte anfordern, wird der gesamte Geschäftsbetrieb erschwert und verlangsamt.

Deutscher Bauarbeiterverband. Durch die Einführung des Achtstundentags wird die Lärger Arbeitszeit im Baugewerbe nicht aufgehoben. Am 1. Dezember beginnt die 7stündige Arbeitszeit. Alle im Baugewerbe beschäftigten Personen haben den Tarif zu beachten. Der Beginn der Arbeit ist morgens 8 Uhr, Ende abends 4 1/2 Uhr. Die Verwaltung.

Jugendbund Freiheit. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Bunde Abend, der zum 30. November geplant war, nicht stattfinden kann.

Die Gruppen-Gewächshäuser. sind vom 1. Dezember an wieder täglich geöffnet. Die berühmten und interessanten Pflanzenansammlungen sind im besten Zustand und werden ergänzt durch eine Menge Florblumen, als: Chrysanthemen, Hyllamen, Primeln, Weihnachtssterne und ganz besonders durch einen reichen Orchideenflor, so daß ein Besuch jederzeit lohnend ist.

X Spitzbubenstrecke. Gestohlen wurden in der Zeit vom 18. bis 26. d. M. aus einer unverschlossenen Wohnung in der Ruffenstraße drei Bettbahnen; in der Zeit vom 18. bis 27. aus einer unverschlossenen Wohnung in der Halberstädter Straße vier Bettbezüge, ein Tafellaken, zwei Tischtücher, eine Tischdecke, ein halbes Dutzend Handtücher, 3/4 Dutzend Taschentücher und ein braunes wollenes Bettuch, gez. M. S.; in der Zeit vom 25. bis 27. aus einer verschlossenen Bodenstube am Breiten Wege sechs Betttücher, vier bunte und zwei weiße, zwei Fenster Gardinen, vier Fenster Vorhänge, sechs weiße Unterwäsche, ein weißer buntgeblümter Meiderode, drei seidene Blusen — zwei weiße und eine rosa —, weißwollene Jacke und etwa 3 Dutzend Paar Damenstrümpfe, darunter 6 Paar weiße; am 27. vor der Hauptpost ein Fahrrad „Parabe“ mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, Freilauf, nach oben gebogener Lenkstange und Gummibereifung; aus einer unverschlossenen Wohnung in der Schönebergstraße ein goldener Ring, oben Kleeblattform mit einem Brillant; aus einem Eisenbahnwagen auf dem Hauptbahnhof ein photographischer Apparat 18x18 „Dextralio Nettel“, Nr. 4228 mit der Firmenbezeichnung „Schulze u. Willebrand, Berlin“; aus einem unverschlossenen Zimmer am Breiten Weg ein Postdienstmantel; aus verschlossenen Ställen in der Hindenburg- und Bahnhofstraße 25 Kühner und zwei Hähne; aus einem verschlossenen Keller in der Kaiserstraße etwa zwei Heiner Nessel; aus einem verschlossenen Laden in der Endelsstraße zwei geschlachtete Gänse, 1/2 Zentner weiße Bohnen, 40 Pfund Zucker und mehrere Brode; aus einem verschlossenen Keller in der Papenstraße etwa 1/2 Zentner Tafelöl, eingemachte Bohnen und Früchte, Fleischkonserven, Weib- und Obstwein, ein buntes Bettbezug, 1 Bettuch, alter Schlafrock und mehrere Meter Drell; aus einem solchen am Wildweg 23 Rot-, vier Beberwürste sowie mehrere Zentner Kartoffeln; aus einem verschlossenen Geschäft in der Alten Ulrichstraße acht silberne Herren-, eine silberne Damenremontuhrchen, ein Teil Sofaflüß, Spachtelgarden und 700 Zigaretten.

In Haft genommen wurden ein Dienstmädchen, das seiner Herrschaft drei Brillantringe, eine Uhr und eine Anzahl Zigaretten gestohlen hatte; der Hausdiener Johannes Rosowski, der Dreher Alfred Krinert und der Arbeiter Karl Obi, sämtlich von hier, die innerhalb der letzten 14 Tage eine Anzahl schwere Boden- und Kellerdiebstähle und Diebstähle an lebenden Tieren ausgeführt haben.

Hinweis. Der heutigen Auflage für Budau (Insel) liegt ein Prospekt der „Volksfürsorge“ bei.

Am Sonnabend den 30. November, abends 8 Uhr,

findet bei Lichteck, Restaurant „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer, eine große

Funktionär-Sitzung

Nat. Mitgliedsbuch legitimiert.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Städtisches Orchester. Das vierte Konzert im Beethovenszyklus brachte die vierte Sinfonie des Meisters, ein frohsinnig und Lebenslust atmendes Kunstwerk, das in Melodiebildung, Tempo und Rhythmus auf das Heitere gestimmt ist. Ihr musikalischer Wert steht deswegen nicht hinter der Eroica oder Pathetischer zurück, und es sei nur an das Adagio dieser Sinfonie erinnert, das in Thema und Rhythmus nur bei Mozart seinesgleichen findet. Die Aufführung hinterließ unter Dr. Rabl's sehr anfeuernder Leitung einen starken Eindruck. Das übrige Programm enthielt größtenteils bekannte Werke, unter anderem Goldmarks „Frühlings-Ouvertüre“ und Bizet's „Mazeppa“. Als Klavier Solist trat Siegfried Blummann mit sehr schönem Erfolg in Erscheinung.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Sonnabend, Anfang 7 Uhr: Peterdorns Mondfahrt; Sonntag, 8 Uhr: Weinhändlers Kinder; Vorhellung; Peterdorns Mondfahrt; Anfang 7 1/2 Uhr: Der Siler von Olvera; Montag: Wenn der junge Wein blüht; Dienstag: Singspiel Kommerzianten; Donnerstag: Die Land; Mittwoch, Anfang 8 Uhr: Peterdorns Mondfahrt; Anfang 7 Uhr: Jugendfreunde.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Lemsdorf, 29. November. (Die Mitglieder) des Sozialdemokratischen Vereins werden am die am Sonnabend stattfindende Versammlung erinnert.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Olfenicht, 29. November. (Die Versammlung der Kriegsteilnehmer) findet am Sonnabend den 30. November, abends 8 Uhr, bei Waidorf statt. Kriegsbeteiligte und Hinterbliebene sind besonders eingeladen.

Wahlkreis Seehausen 1 und 2.

Milon, 29. November. (Die Versammlung) in der die Wahl des Arbeiterrats herbeizuführen wurde, tagte am Montag abend hier. Genosse Müller sprach über die auch von Seehausen her besuchte Versammlung, die in der Lage war, die „Volksstimme“ zu lesen und die Verhandlungen der Arbeiter-

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Badersleben, 29. November. (Öffentliche Versammlung) Auch im schwarzen Badersleben war die öffentliche Versammlung, in der Genosse W. Berking (Magdeburg) über „Das neue Deutschland“ sprach, sehr stark besucht. Gegner waren vorhanden, melbten sich aber trotz Aufforderung nicht zum Wort. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt.

Oschersleben, 29. November. (Öffentliche Gewerkschaftsversammlung) Die vom Gewerkschaftsleiter einberufene Versammlung war überaus stark besucht. Arbeitersekretär Berking (Magdeburg) sprach von lebhaftem Beifall begleitet über „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“. Eine sehr lebhaft ausgesprochene Rede nach dem Referat ein. Auch Gegner nahmen das Wort, stimmten aber, wenn sie auch ihren prinzipiellen Standpunkt betonten, im allgemeinen den Ausführungen des Referenten zu.

Wahlkreis Halbe-Oschersleben.

Quedlinburg, 29. November. (Sitzung der Stadtverordneten.) Zum 1. April 1919 wird eine einjährige Frauenschule dem Lyzeum angegliedert, zu der auch Volksschülerinnen Zutritt haben werden. Für die Feuerstellenrevision wurden 600 Mark bewilligt. Die Stadt tritt der Hypotheken-Schuldbank Sachjen-Anhalt bei mit einem Beitrag von 10 000 Mark. Bis 2 Millionen Mark sollen 5-, 10- und 20-Mark-Scheine als Notgeld herausgegeben werden. Die Ernteträger sind nicht in die Renten gelassen, daher ist der große Geldmangel entstanden. Der Notstand ist so groß, daß schon die Löhne nicht gezahlt werden konnten. Für die ständigen Arbeiterräte sollen monatlich 350 Mark für jeden gezahlt werden. Für die teilweise Beschäftigten wird der entgangene Arbeitsverdienst gezahlt. Bis zum 1. März werden ungefähr 10 000 Mark erforderlich. Der Referent dankte dem Oberbürgermeister und seinen Beamten, daß sie sich gleich in den Dienst der neuen Verhältnisse gestellt haben. Der Oberbürgermeister betonte, daß er bis jetzt sehr gut mit dem Arbeiterrat auskommen ist, und er habe das feste Vertrauen, daß alle Teile zum Wohle des neuen Vaterlandes mitarbeiten werden. Die Aktiengesellschaft Gebr. Dippe hat für die Säuglingsfürsorge und für Familien, die durch den Krieg in Not geraten sind, je 100 000 Mark gestiftet. Mit dem Bauunternehmer Goldschmidt ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich Goldschmidt verpflichtet, sechs Wohnungen zu bauen. Dr. Weller bezweifelt die Beschlußfähigkeit, die Sitzung wird geschlossen.

Stettin, 29. November. (Die Stadtverordnetenversammlung) konnte wegen mangelnder Beschlußfähigkeit nicht stattfinden. Jedoch gab der Erste Bürgermeister bekannt, daß am 2. Dezember die Protokollation für Erwachsene 4 1/2 Pfund, für Kinder 2 1/2 Pfund beträgt. Den Schwer- und Schwerstarbeiter wird diese Erhöhung auf die Zulagen angerechnet. Es werden wieder Schweizer Milchzügen ankommen, deren Preis 245 Mark, zuzüglich der Transportkosten usw., beträgt. Nach einer Erklärung des Reichernährungsamts sei für die nächsten Monate eine Besserung in der Ernährung nicht zu erwarten, aber auch keine Verschlechterung.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 29. November. (Die Ausschreibung der Unterführungen) erfolgt im Rathausaal am Montag den 2. Dezember, vormittags 9 bis 11 1/2 Uhr an die Nummern 1—616, nachmittags 647—1418; am 3. Dezember vormittags 1419—2110, nachmittags 2111 und weitere Nummern. Diejenigen, die noch nicht im Besitz einer Karte sind, melden sich Dienstag nachmittag 4 Uhr im Zimmer 10 des Rathauses. — Milchkarten über 1 und 1/2 Liter für Kinder werden in der Weberstraße 28 umgetauscht. — Die Brotarten gemeinschaft zwischen Stadt- und Landkreis Stendal ist wieder hergestellt. Vom 2. Dezember an wird die Brotmenge pro Kopf und Woche um 250 Gramm erhöht. Die etwa verbleibenden Ueberdrehmengen sollen von Zeit zu Zeit in Form von Mahl ausgegeben werden. Die vom Landkreis Stendal ausgegebenen Brotmarken haben im Land- und Stadtkreis Stendal Gültigkeit. Die im Landkreis Stendal ansässigen Bäcker und Händler dürfen aber auf die Brotmarken des Stadtkreises Stendal nur Brot verabfolgen. Da die Brotmarken im Stadtkreis Stendal bereits in der vorigen Woche ausgegeben sind, lauten sie noch über 2000 Gramm, gelten aber vom 2. Dezember an über 2250 Gramm.

Wahlkreis Salzwedel-Garbelegen.

Garbelegen, 29. November. (Marinade) auf Bezugschein Nr. 64 der Lebensmittelkarte. — Unentgeltliche Abgabe von Anzeigen geschieht nur an kriegsschädliche Personen. — Infanteriebriefe in kleiner Anzahl kommen in der nächsten Zeit zum Preise von 20 bis 25 Mark zum Verkauf gegen Bezugschein bei den Schuhmachermeistern Boers, Garbelegen, Gerde, Klose, Fröhlich, Oelschläge, Wackmann, Weierlingen. — Wegen Kables managen ist das Elektrizitätswerk gezwungen, die Stromlieferung am Tage einzustellen. Vom Dunkelwerden an wird ausschließlich nur für Leuchtmedien Strom abgegeben. Motoren dürfen während der Lichtperiode nicht in Betrieb gesetzt werden.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück bei Treptow. Ein Zug, der vom Götlicher Bahnhof in Berlin kam und um 8 Uhr 48 Minuten in Sonnenhulpenweg eintreffen sollte, fuhr in eine Klotze Arbeiter hinein und löste acht auf der Stelle. Zwei kamen mit dem Leben davon, einer von beiden mit einem Menschenhock. Der Stationsführer Brumm hatte zur rechten Zeit das Warnungssignal für einen Zug nach der Richtung Götlicher Bahnhof gegeben. Die Arbeiter traten dann auch auf das Nebengleis, überließen aber, da der Rauch der Lokomotive niederschlug, das Herannahen des Zuges vom Götlicher Bahnhof in der Richtung nach Grünau. Im selben Augenblick fuhr der Zug in die Arbeiter hinein.

Bereins-Kalender.

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Sonnabend d. 30. Novbr. abds. 7/8 Uhr. Generalversammlung beim Sangesbruder Paul Bachler 20. **Cartanastolonische Besam.** Sonnabend den 30. November abends 7 1/2 Uhr im Neuen Schwan. Mitglieder und Mitarbeiter. **Türverein Friede (A. T.).** Abt. 11. Abt. 11. Abt. 11. **Wahlkreis Stendal.** Sonnabend den 30. November abends 7 1/2 Uhr. Versammlung bei St. Michael-Str. 16. **Lemsdorf.** Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 30. November. Versammlung bei Café. **Barleben.** Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 30. November abends 8 1/2 Uhr. Versammlung im Gemeinshaus.

Wettervorhersage.

Sonnabend den 30. November. In der Nacht zu Sonntag: Regen mit

